

Anlage 4

Von: [REDACTED]
Gesendet: Dienstag, 15. November 2022 12:19
An: [REDACTED]
Betreff: WG: epd-Anfrage zu PM Bündnis "Abschiebegefängnis Düsseldorf verhindern"

Von: [REDACTED]@mkffi.nrw.de>
Gesendet: Dienstag, 5. April 2022 18:06
An: 'duesseldorf@epd.de' <duesseldorf@epd.de>
Cc: [REDACTED]@mkffi.nrw.de>; [REDACTED]@mkffi.nrw.de>
Betreff: AW: epd-Anfrage zu PM Bündnis "Abschiebegefängnis Düsseldorf verhindern"

Liebe Frau [REDACTED]

herzlichen Dank für Ihre Anfrage. Anbei unsere Rückmeldung

Quelle: Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Im September sprach Minister Stamp noch von einer Suche nach einem geeigneten Standort für ein weiteres Abschiebegefängnis in Flughafennähe. Wie weit ist das Ministerium inzwischen bei der Suche bzw. ist nun ein Standort konkret?

Das Bündnis beziffert die Zahl der Haftplätze des geplanten Neubaus auf 25. Stimmt diese Zahl?

Wie begründet NRW die Notwendigkeit eines weiteren, im Vergleich zu Büren, relativ kleinen Abschiebegefängnisses in Düsseldorf?

Gemäß § 3 Satz 1 der Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen (ZustAVO) ist die oberste Ausländerbehörde (MKFFI) zuständig für die Entscheidung über die Errichtung von Einrichtungen für den Vollzug von Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam

Beim sogenannten Ausreisegewahrsam handelt es sich um eine Form der Abschiebungshaft. Unter den Voraussetzungen des § 62b Aufenthaltsgesetz (AufenthG) kann ein vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer zur Sicherung der Durchführbarkeit der Abschiebung auf richterliche Anordnung bis zu zehn Tage in Gewahrsam genommen werden. Bei jedem Antrag auf Abschiebungshaft, also auch beim Ausreisegewahrsam, muss durch die beantragende Ausländerbehörde dargelegt werden, dass die Abschiebung innerhalb des beantragten Haftzeitraums realisiert werden kann. Anderenfalls stellt das jeweils zuständige Gericht keinen Haftbeschluss aus. Entsprechend sind alle betroffenen Personen vollziehbar ausreisepflichtig. Anders als bei der Sicherungshaft nach § 62 Absatz 3 AufenthG muss für den Vollzug des Ausreisegewahrsams keine Fluchtgefahr des Betroffenen vor Gericht begründet werden. Dies wurde durch die jüngsten Änderungen im Aufenthaltsgesetz klargestellt.

Für den Vollzug von Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam steht in Nordrhein-Westfalen die Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) in Büren (Kreis Paderborn) mit insgesamt 175 Haftplätzen zur Verfügung

Insbesondere der Vollzug des Ausreisegewahrsams wird für alle Beteiligten deutlich einfacher, wenn dies auf einer Liegenschaft in Flughafennähe stattfindet. Da die Mehrheit der Rückführungsflüge in NRW vom Flughafen Düsseldorf startet, besteht von Seiten der Ausländerbehörden bereits seit längerem der Wunsch nach einer zusätzlichen Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige in unmittelbarer Nähe oder im Umfeld dieses Flughafens. Ein geeigneter Standort (etwa 25 Plätze) wird derzeit gesucht

Viele Grüße
[REDACTED]

--
[REDACTED]
Stellvertretender Pressesprecher
Referat LB 4

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
Volklinger Straße 4
40219 Düsseldorf

Tel. [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@mkffi.nrw.de
Web: www.mkffi.nrw

Facebook: www.facebook.com/chancenrw
Twitter: www.twitter.com/chancenrw
Instagram www.instagram.com/chancen_nrw
YouTube: [Chancen NRW](https://www.youtube.com/Chancen_NRW)

Von: duesseldorf@epd.de

Gesendet: Dienstag, 5. April 2022 09:20:33 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

An: FP-LB4

Betreff: epd-Anfrage zu P/M Bündnis "Abschiebegefängnis Düsseldorf verhindern"

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Blick auf die unten stehende Pressemitteilung eines neuen NRW-Bündnisses gegen die Pläne eines weiteren Abschiebegefängnisses in NRW (Düsseldorf) wenden wir uns an Sie mit folgenden Fragen:

- Im September sprach Minister Stamp noch von einer Suche nach einem geeigneten Standort für ein weiteres Abschiebegefängnis in Flughafennähe. Wie weit ist das Ministerium inzwischen bei der Suche bzw. ist nun ein Standort konkret?
- Das Bündnis beziffert die Zahl der Haftplätze des geplanten Neubaus auf 25. Stimmt diese Zahl?
- Wie begründet NRW die Notwendigkeit eines weiteren, im Vergleich zu Büren, relativ kleinen Abschiebegefängnisses in Düsseldorf?

Wir freuen uns über eine zeitnahe Rückmeldung.
Vielen Dank und mit besten Grüßen,

[REDACTED]
Redakteurin

Evangelischer Pressedienst (epd) Region West
Schwanenmarkt 15
40213 Düsseldorf
Tel.: [REDACTED]
[REDACTED]
E-Mail: duesseldorf@epd.de
Internet: www.epd-west.de

Presseinformation, 05. April 2022

Neu gegründetes Bündnis ‚Abschiebegefängnis verhindern - in Düsseldorf und überall‘

fordert Stopp aller Planungen für ein Abschiebegefängnis in Düsseldorf

Das Land NRW und die Stadt Düsseldorf sind in Gesprächen über den Bau eines Abschiebegefängnisses am Düsseldorfer Flughafen. Dagegen formiert sich momentan Protest.

„Abschiebehaft ist eine Menschenrechtsverletzung – der Bau des Abschiebegefängnisses in Düsseldorf muss gestoppt werden“, fordert Britta Rabe für das neu gegründete Bündnis ‚Abschiebegefängnis verhindern - in Düsseldorf und überall‘. Anfang des Jahres 2022 gegründet, ist das Bündnis ein Zusammenschluss verschiedener lokaler und überregionaler Organisationen aus NRW. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich klar gegen Abschiebungen positionieren und mit den von Abschiebung betroffenen und bedrohten Menschen solidarisieren.

Das Bündnis ‚Abschiebegefängnis verhindern - in Düsseldorf und überall‘ fordert die Landesregierung und alle bei der Landtagswahl antretenden demokratischen Parteien auf, Abstand zu nehmen von den Planungen für ein weiteres Abschiebegefängnis in Nordrhein-Westfalen. Abschiebehaft dient ausschließlich dazu, Abschiebungen reibungslos durchführen zu können - die von Abschiebehaft betroffenen Menschen werden durch die Inhaftierung allerdings behandelt, als hätten sie ein Verbrechen begangen, für welches sie bestraft werden. Dabei ist Abschiebehaft eine Haft ohne Straftat.

„Wir fordern ein klares Bekenntnis zu einer offenen Migrations- und Flüchtlingspolitik. Abschiebungen sind kein Bestandteil davon“, erklärt Regine Heider für das Bündnis. „Denn: Abschiebungen verachten die Würde eines jeden Menschen.“

Das breite Bündnis will sich allen Planungen, die Abschiebungen ermöglichen und erleichtern, entgegenstellen. Dafür geht das Bündnis mit dem Thema an die Öffentlichkeit. Es sind unter anderem Informationsveranstaltungen und Demonstrationen geplant, die in den kommenden Monaten stattfinden werden.

Kontakt:

Bündnis ‚Abschiebegefängnis verhindern - in Düsseldorf und überall‘:

E-Mail: info@abschiebegefängnis-verhindern.de

██████████ (Stay! Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative): Tel. ██████████

██████████ (Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.): Tel. ██████████

██████████

██████████ (Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.): Tel. ██████████

██████████

Hintergrund: .

Im Anhang findet sich die erste Erklärung des Bündnisses
'Abschiebegefängnis verhindern - in Düsseldorf und überall', die viele weitere
Initiativen und Vereine bereits mitunterzeichnet haben.

Weitere Infos: abschiebegefaengnis-verhindern.de